

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

29. Juni 2015

### Afghanistan

#### **Anschlag auf Parlament verhindert**

Sicherheitskräfte konnten am 22.06.15 einen Angriff von Taliban-Kämpfern auf den Sitz des Parlaments in Kabul verhindern. Während der Amtseinführung des neuen Verteidigungsministers Masum Staneksai detonierte zunächst vor dem Gebäude ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug. Anschließend versuchten Taliban, einzudringen. Alle sieben Angreifer wurden getötet.

#### **Kämpfe in der Provinz Kundus**

Angaben des Gouverneurs der Provinz Kundus zufolge gelang es afghanischen Sicherheitskräften am 22.06.15, den kurz zuvor zu einem Großteil von Aufständischen eroberten Bezirk Char Darah wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Ebenfalls am 22.06.15 sollen jedoch Aufständische mit Dashti Archi einen anderen Bezirk in derselben Provinz eingenommen haben.

### Irak

#### **Hochrangiges IS-Mitglied getötet**

Die US-Armee hat eigenen Angaben zufolge bei einem Luftangriff in Mossul am 15.06.15 ein hochrangiges Mitglied des IS, den Tunesier Tariq bin al-Tahar bin al-Falih al-'Awni al-Harzi, getötet. Damit seien die Möglichkeiten des IS geschwächt, Jihadisten aus Nordafrika zu integrieren.

#### **Bundeswehr weitet Einsatz aus**

Lt. Pressemeldung vom 22.06.15 bildet die Bundeswehr nun auch Yeziden in Irak aus. Dies sei von den kurdischen Peshmerga-Kämpfern vorbereitet worden, um zu zeigen, dass alle Volksgruppen und Religionen in Irak gemeinsam gegen den IS kämpfen.

#### **Binnenvertriebene**

Der aktuellen Displacement Tracking Matrix der International Organization for Migration (IOM) vom 18.06.15 zufolge ist die Zahl der intern Vertriebenen infolge der Gewalt seit Januar 2014 im gesamten Land auf mehr als drei Millionen angestiegen. Viele der neu Vertriebenen flüchteten aufgrund der Kämpfe zwischen den irakischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen in den Provinzen Anbar und Salahaddin. In Salahaddin wurden zwischen dem 14.06.2015 und 25.06.2015 mehr als 16.000 Menschen aus den Distrikten Al Dujail, Balad, Samarra und Al Haweja vertrieben. Seit Beginn der Kampfhandlungen in Ramadi in der Provinz Anbar wurden zwischen dem 08.04.2015 und 22.06.2015 mehr als 290.000 Iraker aus der Stadt und der Umgebung vertrieben.

Während die meisten der Vertriebenen in privaten Unterkünften leben, z. B. in gemieteten Häusern oder bei Gastfamilien, befinden sich mehr als 638.000 intern Vertriebene in nicht fertig gestellten oder verlassenen Unterkünften, informellen Siedlungen und religiösen Gebäuden.

## **Syrien**

### **IS greift erneut Kobane sowie weitere Orte an**

Kurdische Kräfte verbündeten sich in letzter Zeit mit Brigaden der FSA und brachten dem IS, unterstützt auch durch Luftangriffe der Anti-IS-Allianz, erhebliche Niederlagen bei. Sie kappten u.a. wichtige Versorgungsrouten des IS in seine Hochburg Raqqa. Als Reaktion darauf griff der IS am 25.06.15 erneut die syrisch-türkische Grenzstadt Kobane an, die sich seit 27.06.15 wieder vollständig in den Händen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) befinden soll. Bei den Kämpfen sollen 240 Menschen getötet worden sein, 174 Zivilisten sowie 16 kurdische Kämpfer und 54 Jihadisten. Die Zivilisten starben durch Raketen, Heckenschützen oder Hinrichtungen. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte teilte am 28.06.15 mit, dass der IS seit Ausrufung des Kalifats vor einem Jahr in Syrien mindestens 3.027 Menschen exekutiert habe. Darunter befanden sich 1.787 Zivilisten, davon 74 Kinder. Aus Kobane war der IS nach monatelangen erbitterten Gefechten mit Kurden im Januar 2015 vertrieben worden. Auch das Dorf Barcha Batan, ca. 35 Kilometer südlich von Kobane, wurde vom IS angegriffen, wobei 20 Personen, darunter Frauen und Kinder, getötet wurden. Teile der Stadt al-Hassakeh (Hasaka) im Nordosten Syriens soll der IS ebenfalls erobert haben.

### **IS verkauft Yezidinnen**

Nach Berichten der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte verkaufte der IS 42 gefangene Yezidinnen in der östlichen Provinz Deir ez-Zor zu Preisen zwischen 440 und 1.800 Euro an IS-Kämpfer in Syrien. Die Frauen, die als Sklavinnen gehalten wurden, sollen 2014 in der irakischen Sindjar-Region verschleppt worden sein. Die Yeziden sind eine religiöse Minderheit, die vom IS als Teufelsanbeter betrachtet werden. Insgesamt sollen sich mehr als 3.500 yezidische Frauen in der Gewalt der Jihadisten befinden.

## **Jemen**

### **Tote nach Gefechten**

Bei heftigen Kämpfen zwischen den Houthi-Rebellen und Anhängern des Präsidenten Hadi sind in den südjemenitischen Städten Aden und Dhaleh seit dem 22.06.15 etwa 40 Menschen getötet und Dutzende verletzt worden. Binnen 24 Stunden seien in der Hafenstadt Aden durch Artilleriebeschuss der Houthis sieben Zivilisten ums Leben gekommen, erklärte der Leiter der örtlichen Gesundheitsbehörde am 23.06.15 der Nachrichtenagentur AFP. Mehrere Häuser seien völlig zerstört worden, es habe 94 Verletzte gegeben. Die schiitischen Houthi-Milizen hätten Viertel angegriffen, die von Kämpfern des nach Saudi-Arabien geflüchteten Präsidenten Abd Rabbo Mansour Hadi gehalten werden.

### **UN verurteilen arabische Seeblockade**

Die UN haben die arabische Militärkoalition wegen der humanitären Notlage im Jemen zu einer Beendigung ihrer Seeblockade aufgerufen. In einer einstimmig beschlossenen Erklärung des UN-Sicherheitsrats hieß es am 25.06.15, es sei aus humanitärer Sicht unumgänglich, die Versorgung des Landes mit Handelsgütern zu gewährleisten. Mehr als 21 Mio. Menschen und damit 80% der Gesamtbevölkerung im Jemen sind auf Hilfe angewiesen, so UNO-Nothilfekoordinator Stephen O'Brien. Etwa 20 Mio. Jemeniten haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Wegen der mangelhaften Gesundheitsversorgung breiteten sich Krankheiten wie das Dengue-Fieber und Malaria aus. Die UN stellte zusätzliche Nothilfen in Höhe von 25 Mio. Dollar (22,30 Mio. Euro) bereit. Der UNO-Sicherheitsrat rief die Weltgemeinschaft zu weiterer finanzieller Unterstützung auf. Von den zur Bewältigung der humanitären Krise benötigten 1,6 Mrd. Dollar seien bisher erst 10% bereitgestellt worden.

### **Rebellen beschießen Frachter mit Hilfsgütern**

Am 27.06.15 beschossen die Houthi-Rebellen in der Stadt Aden einen Frachter aus Katar mit Hilfsgütern aus Dschibuti, so dass er abdrehen musste. Der Beschuss löste einen Großbrand in einer Ö Raffinerie aus.

## **Iran**

### **Geschlechtertrennung beim Rundfunk**

Beim iranischen Rundfunk sollen Frauen und Männer künftig getrennt arbeiten. Nach Angaben der Nachrichtenagentur ILNA ist die Geschlechtertrennung aus religiösen Gründen bereits in einigen Abteilungen umgesetzt. Es wird erwartet, dass die Vorschriften in Kürze auch im Staatsfernsehen des vom schiitischen Klerus beherrschten Landes gelten. Für den ILNA-Bericht gab es am 21.06.15 zunächst keine offizielle Bestätigung. Seit Jahren versucht Iran, das Projekt durchzusetzen, so die dpa. Der reformorientierte Präsident Hassan Rohani und seine Regierung möchten diese Vorschriften aufheben. Bis jetzt konnten sie sich gegen den einflussreichen, erkonservativen Flügel nicht durchsetzen. Jüngstes Beispiel war ein Volleyball-Länderspiel der Herren in Teheran, bei dem die Regierung erstmals auch den Besuch von Frauen ermöglichen wollte. Nach Protesten einer Islamistengruppe musste das Sportministerium nachgeben. Frauen wurde der Zugang verwehrt. Spektakulär war auch der Fall der 25-jährigen Ghoncheh Ghavami, die verhaftet wurde, weil sie sich das Spiel der iranischen Volleyballer gegen Italien ansehen wollte.

### **Palästinensische Autonomiegebiete**

#### **Palästinenser planen neue Einheitsregierung**

Die rivalisierenden Palästinenserorganisationen Fatah und Hamas wollen eine neue Einheitsregierung bilden. Wie die palästinensische Befreiungsorganisation PLO am 23.06.15 mitteilte, soll ein Komitee in dieser Woche Beratungen mit den verschiedenen palästinensischen Fraktionen aufnehmen. Dies sei bei einer Sondersitzung des Exekutivkomitees entschieden worden. Bei der Beratung ging es um die Zukunft der Regierung von Ministerpräsident Rami Hamdallah. Vor knapp einer Woche hatte es Unklarheiten um einen möglichen Rücktritt Hamdallahs gegeben. Er stand an der Spitze einer Einheitsregierung, die Hamas und Fatah vor einem Jahr gebildet hatten. Besonders im Gazastreifen habe die dort herrschende Hamas die Arbeit der Regierung jedoch behindert, hieß es in der PLO-Stellungnahme. Binnen sechs Monaten vorgesehene Neuwahlen fanden nie statt. Es wird damit gerechnet, dass Hamdallah Chef der neuen Regierung bleibt.

#### **Mögliche Kriegsverbrechen im Sommer 2014**

Der UN-Menschenrechtsrat wirft Israel und den Palästinensern vor, im Sommer 2014 beim 50-Tage-Krieg zwischen Israel und den bewaffneten Palästinensergruppen (Gaza-Krieg) „möglicherweise Kriegsverbrechen begangen“ zu haben. Dies betreffe die Angriffe Israels auf den dicht bevölkerten Gaza-Streifen sowie den Raketenbeschuss des israelischen Gebiets durch die Palästinenser. Außerdem verurteilte die Kommission die „außergerichtlichen Hinrichtungen von angeblichen Verrätern“ auf der Seite der Palästinenser. In den 50 Tagen kamen mehr als 2.200 Palästinenser ums Leben, darunter Hunderte Zivilisten. Auf israelischer Seite gab es 73 Tote.

### **Kuwait**

#### **Anschlag auf Moschee**

Nach Angaben des kuwaitischen Innenministeriums kamen am 26.06.15 bei einem Anschlag auf eine Moschee in Kuwait mindestens 27 Menschen ums Leben, weitere 227 Personen wurden verletzt. Ein Selbstmordattentäter hatte sich während des traditionellen Freitagsgebetes in der Imam-Sadik-Moschee in die Luft gesprengt. Zu dem Anschlag bekannte sich die Gruppierung „Provinz von Najaf“, der saudiarabische Ableger des IS. Die Organisation hatte vor wenigen Wochen mehrere Anschläge auf Moscheen in Saudi-Arabien verübt. Mehrere Verdächtige sollen festgenommen worden sein.

### **Ägypten**

### **Zahlreiche Fälle von Verschwindenlassen**

Nach Angaben der ägyptischen NRO „Freedom for the Brave“ verschleppten die Sicherheitskräfte aus politischen Gründen seit Anfang April innerhalb von zwei Monaten 163 Personen. Eine andere NRO geht für den gleichen Zeitraum von ca. 400 Fällen aus. Die Betroffenen, häufig junge Aktivisten der Demokratiebewegung, Studenten oder Muslimbrüder, werden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Entführte, die nach längerer Zeit wieder auftauchen, berichten von Folterungen. Ein Teil der Verschleppten wurde tot aufgefunden. Viele bleiben verschwunden. Das Innenministerium bestreitet die Vorwürfe.

## **Libyen**

### **Erste direkte Verhandlungen der rivalisierenden Parlamente**

Am 28.06.15 kamen Vertreter der beiden rivalisierenden Parlamente in Libyen unter UNO-Vermittlung im marokkanischen Skhirat zusammen, um erstmals direkte Friedensverhandlungen miteinander zu führen. Eine Einigung über eine Regierung der nationalen Einheit konnte jedoch noch nicht erzielt werden.

## **Tunesien**

### **Anschlag auf Touristen**

Am 27.06.15 erschoss ein Attentäter im Touristenort Sousse 38 Menschen, mindestens 40 wurden verletzt. Nach Medienberichten feuerte er gezielt auf Touristen am Strand, drang dann in das Hotel Imperial Marhaba ein und schoss dort weiter auf Menschen im Swimmingpool, in der Hotelloobby und auf dem Parkplatz. Danach flüchtete er aus dem Hotel und wurde in einer Seitengasse von Sicherheitskräften gestellt und erschossen. Die tunesischen Sicherheitsbehörden gehen inzwischen davon aus, dass er ein Einzeltäter war. Die Polizeipräsenz in den Badeorten wurde massiv erhöht. Am Wochenende verließen Tausende Urlauber vorzeitig das Land.

## **Mali**

### **Friedensabkommen unterzeichnet**

Die Tuareg-Rebellengruppe „Koordination der Bewegung des Azawad“ (CMA) hat wie angekündigt am 20.06.15 das Friedensabkommen mit der malischen Regierung unterzeichnet. Mit dem Abkommen wird den Tuareg eine Stärkung der Dezentralisierung (demokratische Wahl von Provinzräten in Timbuktu, Gao und Kidal) sowie die Übernahme der Rebellenkämpfer in die regulären Streitkräfte (zur Schaffung regionaler Sicherheitskräfte des Nordostens) zugesagt. Im Gegenzug erkennen die Tuareg die territoriale Einheit des Landes formell an.

Trotzdem kamen bei Anschlägen am 27.06.15 13 Menschen ums Leben, darunter mehrere Soldaten und Aufständische. Die Angriffe von mutmaßlichen Islamisten fanden an der Grenze zu Mauretanien statt.

## **Äthiopien**

### **Regierungskoalition holt alle Sitze bei Parlamentswahl**

Bei der Parlamentswahl in Äthiopien haben die Regierungskoalition EPRDF (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front) und die mit ihr verbündeten Parteien wie erwartet alle 547 Sitze gewonnen. In der vorherigen Legislaturperiode gab es einen Oppositionsabgeordneten. Nach offizieller Darstellung lag die Wahlbeteiligung bei über 90 Prozent. In den Regionalparlamenten, die ebenfalls am 24.05.15 neu gewählt worden waren, verpasste das Lager nur 21 von 1.987 Sitzen. Die EPRDF bestimmt seit dem Sturz des stalinistischen Mengistu-Regimes im Mai 1991 die Politik des Landes.

## **Somalia**

### **Angriff auf AMISOM-Soldaten**

Nach Angaben eines Militärsprechers wurden am 26.06.15 bei einem Angriff der al-Shabaab auf einen Stützpunkt der Mission der Afrikanischen Union in Somalia in dem Ort Leego (südsomalische Region Lower Shabelle) mindestens 50 Soldaten aus Burundi getötet.

### **Anschlag auf Botschafter**

Am 24.06.15 kamen in Mogadischu bei einem Selbstmordanschlag der al-Shabaab auf den Konvoi des Botschafters der Vereinigten Arabischen Emirate mindestens zehn Personen ums Leben. Der Botschafter blieb unverletzt.

## **Nigeria**

### **Selbstmordanschläge der Boko Haram in Nordostnigeria**

Am 27.06.15 zündete im Bundesstaat Borno ein Selbstmordattentäter vor der Zugangskontrollstelle des im Außenbereich der Stadt Maiduguri gelegenen Molai-Leprakrankenhauses einen Sprengsatz. Bei dem Anschlag starben fünf Menschen, zehn weitere wurden verletzt. Zwei Begleiter des Attentäters konnten flüchten.

Am 23.06.15 verübte ein etwa 12-jähriges Mädchen ein Selbstmordattentat auf dem Wochenmarkt des entlegenen Dorfes Wagir, Gujba Local Government Area (LGA), Provinz Yobe. Bei dem Anschlag wurden zehn Menschen getötet und etwa 30 verletzt.

Am 22.06.15 sprengte sich eine junge Selbstmordattentäterin auf dem Baga-Fischmarkt der Stadt Maiduguri bei einer Gruppe von Muslimen, die das Nachmittagsgebet verrichteten, in die Luft. Hierbei starben über 30 Menschen. Kurz danach sprengte sich einige Hundert Meter vom ersten Anschlagort entfernt eine zweite Attentäterin außerhalb des Marktes auf der Baga Road in die Luft. Außer der Attentäterin gab es keine Todesopfer.

### **Überfälle der Boko Haram**

Am 22.06.15 und am 23.06.15 überfielen Kämpfer der Boko Haram im Bundesstaat Borno die beiden Dörfer Debiro Biu, Biu LGA und Debiro Hawul, Hawul LGA. Sie töteten etwa 40 Menschen, plünderten Geschäfte und brannten Gebäude nieder.

### **Todesstrafe wegen Blasphemie**

Am 25.06.15 gab ein Scharia-Gericht der Stadt Kano die Verurteilung von neun Personen zum Tode wegen blasphemischer Äußerungen bekannt. Weitere drei wegen des gleichen Vorfalls angeklagte Personen wurden freigesprochen. Anfang Mai 2015 war der islamische Kleriker Abdul Inyass, der dem Sufi-Orden Tijaniyya angehört, zusammen mit elf weiteren Personen wegen Verunglimpfung des Propheten Mohammed verhaftet worden. Den Verurteilten wurde vorgeworfen, bei einem Treffen zu Ehren des Ordensgründers Niasse diesen als „größer als den Propheten“ bezeichnet zu haben. Es handelt sich um das erste Todesurteil wegen Blasphemie, das in Nordnigeria bisher verhängt wurde. Gegen das Urteil können noch Rechtsmittel eingelegt werden.

## **Burundi**

### **Anhaltende innenpolitische Krise**

Der Zweite Vizepräsident Gervais Ruffyikiri floh, wie am 25.06.15 gemeldet wurde, nach Belgien, weil er das „verfassungswidrige Bestreben“ von Präsident Pierre Nkurunziza nach einem weiteren Mandat nicht mehr unterstützen könne. Dutzende Studenten flohen am 25.06.15 vor der Polizei in die amerikanische Botschaft in Bujumbura. Bei einem Granatenangriff in der Stadt Ngozi starben am 21.06.15 vier Menschen; bei weiteren Granatenanschlägen am 25.06.15 und 28.06.15 wurden in Bujumbura mehrere Menschen verletzt bzw. getötet.

Die Opposition rief zum Boykott der am 29.06.15 stattfindenden Parlamentswahlen auf und forderte wie u.a. die UN und die EU deren Verschiebung; für den 15.07.15 sind Präsidentenwahlen geplant. In der Nacht zum 29.06.15 kam es in Bujumbura sowie in einigen Provinzen zu Granatenanschlägen auf Wahllokale.

## **Türkei**

### **Konstituierungssitzung des Parlaments**

Am 23.06.15 trat das neu gewählte türkische Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die AKP hat 258 Sitze, die CHP 132, die MHP 80 und die HDP ebenfalls 80. Von den Parlamentariern sind 98 Frauen. Am 30.06.15 soll ein neuer Parlamentspräsident gewählt werden. Die Koalitionsverhandlungen für eine neue Regierung sind noch nicht abgeschlossen. Präsident Erdogan forderte die Parteien erneut zur Regierungsbildung auf, sonst müssten Neuwahlen stattfinden.

### **Gay-Pride-Parade aufgelöst**

Am 28.06.15 gingen türkische Sicherheitskräfte in Istanbul gewaltsam gegen eine Demonstration für die Rechte homosexueller Menschen vor. Sie setzten Wasserwerfer, Tränengas und Gummigeschosse ein und vertrieben Tausende Teilnehmer der Gay Pride, die versuchten, sich friedlich auf dem zentralen Taksim-Platz zu versammeln. Nach Medienberichten wurde als Begründung für das kurzfristige Verbot angegeben, dass die Veranstaltung in den für Muslime heiligen Fastenmonat Ramadan falle. In den vergangenen Jahren hatte die Gay Pride in Istanbul ohne Zwischenfälle auch im Ramadan stattgefunden.

## **Ukraine**

### **Lage im Osten**

Nach Angaben eines ukrainischen Militärsprechers sind mindestens ein toter und drei verletzte Soldaten die Folge neuer Gefechte zwischen ukrainischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten in der Ostukraine. Es habe außerdem dutzende Verstöße gegen die seit vier Monaten geltende Waffenruhe im Donezker Gebiet vor allem bei der Ortschaft Marjinka sowie beim zerstörten Flughafen der Separatistenhochburg gegeben. Auch die Separatisten berichteten ihrerseits von Angriffen des ukrainischen Militärs. Der ukrainische Geheimdienst und die Separatisten warfen sich gegenseitig vor, am Donnerstag einen Hilfstransport des Roten Kreuzes im Donezker Gebiet beschossen zu haben, bei dem aber niemand zu Schaden gekommen sei.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beobachtet in der umkämpften Ostukraine seit Ende April eine stetige Verschlechterung der Lage. Eine größere Anzahl von Verletzten und Toten unter der Zivilbevölkerung sowie ein Anstieg der Zahl der getöteten Kämpfer auf beiden Seiten sind die Folge. Es würden wieder verstärkt schwere Waffen benutzt und auch die Zerstörung der Infrastruktur nehme zu.

### **Internationale Friedenstruppen ermöglicht**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat ein Anfang Juni vom Parlament beschlossenes Gesetz unterzeichnet, wonach internationale Friedenstruppen im Land ermöglicht werden. Erforderlich ist aber noch ein Mandat der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen.

## **Armenien**

### **Proteste in Jerewan dauern an**

Nach heftigen Protesten gegen die Erhöhung des Strompreises im Land hat Präsident Sersch Sarkissjan am 27.06.15 die umstrittene Maßnahme vorläufig gestoppt. Die Regierung werde überprüfen, wie berechtigt die Preiserhöhung sei und was diese für die Wirtschaft des Landes bedeute, sagte Sarkissjan. Sollte die Prüfung ergeben, dass die Erhöhung berechtigt sei, würden die Verbraucher jedoch die Kosten tragen müssen.

Seit dem 22.06.15 demonstrieren bis zu 10.000 Menschen in der armenischen Hauptstadt Jerewan, nachdem bekannt wurde, dass der Strompreis zum 01.08.15 um rund 16 Prozent steigen soll. Am Abend des 23.06.15 kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt und über 200 Protestierende festgenommen wurden. Das massive Vorgehen der Sicherheitskräfte mit Wasserwerfern und die Ankündigung des Präsidenten, die Strompreiserhöhung vorerst auszusetzen, führten jedoch nicht zum Ende der Demonstrationen.

## **Hintergrund**

Unmut in Teilen der Bevölkerung Armeniens über die Regierung gibt es schon länger. Seit vielen Jahren wächst die Abhängigkeit Armeniens von Russland. Armenien bezieht einen Großteil seiner Energie aus Russland, das auch sein wichtigster Handelspartner ist. Die Stromversorgung kontrolliert ein russischer Stromkonzern. Die Wirtschaftskrise in Russland, die u.a. durch den niedrigen Ölpreis und die westlichen Sanktionen nach der Annexion der Krim ausgelöst wurde, hat auch die armenische Volkswirtschaft schwer getroffen. Einige armenische Abgeordnete verdächtigen westliche Kräfte, hinter den Protesten zu stehen. Doch die Demonstranten bestreiten, dass es irgendwelche politischen Verbindungen gebe.

Präsident Sarkissjan ist seit langem auch wegen einer geplanten Verfassungsreform in der Kritik. Er will ein parlamentarisches Regierungssystem einführen, das die Macht des Präsidenten massiv beschneidet. Damit könnte sich der 60-Jährige als Ministerpräsident weiter die Macht in Armenien sichern, da er laut Verfassung nach dem Ende seiner laufenden zweiten Amtszeit nicht erneut als Präsident kandidieren darf.

## **Myanmar**

### **Keine Verfassungsänderung**

Am 25.06.15 erhielt nach Angaben von Parlamentspräsident Shwe Mann ein Gesetz, das die Macht des Militärs beschnitten hätte, nicht die erforderliche Mehrheit. Damit sind eine Verfassungsänderung und die Präsidentschaftskandidatur von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi nicht möglich. Die geltende Verfassung verwehrt Aung San Suu Kyi eine Kandidatur, da nach § 59f der Verfassung das myanmarische Staatsoberhaupt keinen ausländischen Ehepartner haben darf und auch keine Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Der 1999 verstorbene Ehemann Suu Kyis war Brite gewesen. General Tin San Naing zufolge sei eine Verfassungsänderung „unangemessen“, da sich die myanmarische Demokratie noch „in der Entstehungsphase“ befinde.

## **China**

### **Xinjiang: Zahlreiche Tote bei Angriff auf Polizei**

Bei einem bewaffneten Angriff auf einen Polizeiposten in der Stadt Kashgar starben am 22.06.15 nach unterschiedlichen Quellen zwischen 18 und 28 Personen, darunter Polizisten, Angreifer und Passanten.

### **Xinjiang: Einschränkungen des religiösen Lebens während des Ramadans**

Während des Ramadans wird die Bevölkerung in mehreren Kreisen der Region Xinjiang zur Einschränkung religiöser Traditionen angehalten. Parteimitgliedern und Staatsbediensteten ist verboten zu fasten. U.a. bieten Schulen häufig tagsüber kostenlose Mahlzeiten an, an denen die Schüler teilnehmen müssen. Die Behörden suchen mit derartigen Maßnahmen gegen religiösen Extremismus unter den Uiguren vorzugehen.